

INTERPELLATION Eduard Rutschmann betr. mehr Sicherheit für die Riehener Bevölkerung

Wortlaut:

„Die unheimliche Brandserie von Riehen scheint nicht abzureissen, viel eher erhalten die Brände eine neue bedrohliche Qualität: Beim vorletzten Brand am Haselrain, bei dem ein Unterstand für Zweiradfahrzeuge und ein Roller brannten, wurde ein Feuerwehrmann verletzt und musste mit einer Rauchvergiftung in die Notfallstation des Universitätsspitals Basel eingeliefert werden. Am 31. Januar brannte jetzt erneut eine Tiefgarage, diesmal am Rüchligweg, Brandstiftung kann nach ersten Erkenntnissen nicht ausgeschlossen werden.

Nach den letzten Bränden ist somit eine neue Tendenz erkennbar, so brennen nicht mehr abgelegene Gartenhäuser oder Scheunen, sondern im Umfeld von Wohnhäusern gelegene Objekte, wie die beiden Tiefgaragen am Brännlirain und Rüchligweg oder eben der Unterstand am Haselrain.

Die SVP Riehen forderte bereits im August 2008 eine Bürgerwehr, der Einwohnerrat lehnte es jedoch damals ab, den parlamentarischen Auftrag an den Gemeinderat zu überweisen, der darauf Gespräche mit dem Kanton versprach. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Brände jedoch verdoppelt und vom Brandstifter fehlt nach wie vor jede Spur. Erstaunlich! Angesprochen auf die Haltung zu einer Bürgerwehr liess der Sprecher der Kantonspolizei Basel-Stadt anlässlich des vorletzten Brandes am Haselrain verlauten, dass eine Bürgerwehr Sache der Politik wäre.

Aus diesem Grund stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:

- Ist das Vertrauen des Gemeinderats in die kantonalen Behörden mittlerweile nicht erschüttert, angesichts der Zahl von über 50 Bränden ohne konkrete Hinweise auf die Täterschaft?
- Wieviele Brände gedenkt der Gemeinderat noch abzuwarten, um den kantonalen Behörden mehr Druck zu machen und zusätzliche Mittel zur Ergreifung des Brandstifters einzufordern?
- Gedenkt der Gemeinderat die bisherige Belohnung von 10'000 CHF zur Ergreifung des Brandstifters gegebenenfalls zu erhöhen?
- Ist es auch Sicht des Gemeinderats jetzt nicht angebracht, pensionierte Personen aus dem Umfeld von Feuerwehr, Polizei oder Grenzwaache zwecks Einrichtung einer Brandmeldungsgruppe (Bürgerwehr) zu rekrutieren, die mittels Beobachtung und etwaiger Meldung an die Polizei unterstützend wirken könnten?“

Eingegangen: 1. Februar 2010

Reg. Nr. 01-0201.015

Nr. 06-10.705.1

Interpellation Eduard Rutschmann betr. mehr Sicherheit für die Riehener Bevölkerung

Wie der Interpellant ist der Gemeinderat von der Brandserie, die Riehen mittlerweile seit Jahren heimsucht, stark beunruhigt. Er versteht die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung und verfolgt mit Sorge, dass der oder die Brandstifter jegliche Zurückhaltung ablegen und nicht mehr davor zurückschrecken, auch Liegenschaften in Brand zu stecken, bei der die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass nicht ausschliesslich materieller Schaden entsteht, sondern auch Menschen an Leib und Leben gefährdet werden können. Dieses feige und gefährliche Handeln verurteilt der Gemeinderat in aller Schärfe. Dass gleichzeitig der Fahndungserfolg ausbleibt, verstärkt zwar den Ärger und die Wut auf die Täterschaft, unterminiert aber nicht das Vertrauen in die Behörden und Organe, die mit der Fahndung und Ermittlung betraut sind. Dass die Bevölkerung durch ihre Aufmerksamkeit zumindest subsidiär zum Fahndungserfolg beitragen könne, hat der Gemeinderat bereits mehrfach gesagt und auch mit Aufrufen via Medien und Inseraten publiziert. Von einer Bürgerwehr hält er aber nach wie vor wenig. Er lässt sich dabei von den Profis der Sicherheitsorgane beraten und baut auf deren Erfahrung.

Nun zu den konkreten Fragen:

Nein, das Vertrauen in die kantonalen Behörden ist nicht erschüttert. Der Gemeinderat steht im permanenten Kontakt zu diesen Behörden und weiss davon, dass sich diese mit grossem Aufwand um die Aufklärung der Brandserie bemühen. Nur weil der Durchbruch noch nicht erfolgt ist und noch keine Täterschaft überführt werden konnte, heisst das noch lange nicht, dass man an der Qualität der Aufklärungsarbeit zweifeln und deshalb das Vertrauen erlöschen sein muss.

Der Fragesteller suggeriert, der Gemeinderat würde Brände abwarten, um dann allenfalls irgendwann einmal tätig zu werden. Dies ist eine Unterstellung, die mit aller Schärfe zurückgewiesen wird. Der Gemeinderat wartet nicht ab, sondern tritt wiederholt mit den Sicherheitsbehörden zusammen, um die Lage zu analysieren und mit Nachdruck verständlich zu machen, dass Riehen die unbedingte Erwartung hat, dass der Brandserie ein Ende gesetzt wird. Die Sicherheitsbehörden haben dabei zuletzt am 17. Februar 2010 zugesichert, dass mit einem Grossaufgebot an Personal und Technologie sowie grenzüberschreitend daran gearbeitet werde. Diese Zusage stammt vom Polizeikommandanten persönlich und wurde vom leitenden Staatsanwalt bekräftigt.

Die Fragen des Interpellanten bezüglich Überlegungen zur Erhöhung der Belohnung für sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung der Täterschaft führen, und die Publikation des



Seite 2 Gemeinderats, dass die Belohnung auf 20'000 Franken erhöht worden ist, haben sich zeitlich gekreuzt. Der Gemeinderat hat nach Abwägen der Vor- und Nachteile sowie in Absprache mit dem Staatsanwalt entschieden, die Belohnung zu erhöhen.

An der Grundhaltung des Gemeinderats, dass keine Bürgerwehr auf die Beine gestellt werden soll, hat sich nichts geändert. In einer Medienkonferenz Ende Februar haben Staatsanwaltschaft und Polizei ebenfalls zum Ausdruck gebracht, dass es Sache der staatlichen Organe sei, diesen Fall zu lösen. Mit dem dringenden Aufruf des Gemeinderats, aufmerksam zu sein und allfällige Beobachtungen unverzüglich der Polizei zu melden, kommt der Gemeinderat dem Anliegen des Fragestellers bereits in den wesentlichen Zügen nach. Dafür benötigt er aber keine Bürgerwehr, sondern eine wache und aufmerksame Bevölkerung.

Riehen, 23. März 2010

Der Gemeinderat